

SOLWODI BW 2022

Ostalb-Bündnis

Aalener OB bezieht Stellung!

OB WILL KEINE BORDELL-PLAKATE

Aalener sollen Prostitutionswerbung melden

STAND: 5.1.2022, 11:53 UHR

VON FRANK POLIFKE



Aalens Oberbürgermeister Frederick Brütting (SPD) bittet Bürgerinnen und Bürger auf Facebook, Plakate mit Bordellwerbung bei der Stadt zu melden. Im Herbst waren zwei Plakate entfernt worden.

Jeder, der auf der Aalener Industriestraße Richtung Oberkochen unterwegs war, fuhr an ihnen vorbei: an zwei großflächigen Werbeplakaten für ein Bordell. Das stieß dem frisch gewählten Oberbürgermeister Frederick Brütting (SPD) sauer auf.

„Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, Prostitution sei ein normales Gewerbe, für das in unserer Stadt im öffentlichen Raum mit Reklame geworben wird.“

*Frederick Brütting
Oberbürgermeister Aalen*



Der Ukraine Krieg und das Leid der Frauen SOLWODI und das Ostalb-Bündnis werden aktiv

11 Lokales

8. März 2022_SP

Der Krieg und das Leid der Frauen

Internationaler Frauentag Die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier spricht im Interview mit SchwäPo-Redakteurin *Bea Wiese* über Frauensolidarität, bleibende Aufgaben und neue Ängste.

Aalen

Putins Krieg gegen die Ukraine beherrscht die Schlagzeilen. Der Westen bemüht sich um Geschlossenheit, um dem russischen Diktator die Stirn zu bieten. Weltweit will man aufmerksam machen auf das Unrecht und die Folgen dieses Krieges.

Dabei sollte an diesem Dienstag, 8. März, am Weltfrauentag, die weltweite Aufmerksamkeit auf Frauenrechte fokussiert sein. Der Internationale Frauentag - über seine Bedeutung, Frauenrechte und das, was zu tun ist in Zeiten des Krieges spricht die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier im Interview mit der Schwäbischen Post.

Frau Breymaier, 8. März 2022 - Internationaler Frauentag. Überlagert der Krieg in der Ukraine diesmal nicht alles?

Leni Breymaier: Der Krieg in der Ukraine unterstreicht das Internationale des Weltfrauentages. In allen Veranstaltungen wird das Thema zur Sprache kommen. In Aalen wurde auch am Sonntag bei der Veranstaltung der Gleichstellungsbeauftragten Geld für die Frauen in und aus der Ukraine gesammelt. Das Leid der Frauen in der Ukraine, auch in Afghanistan ist uns nicht egal.

Glauben Sie, wir hätten diese Katastrophen, wenn die Weltpolitik weiblicher wäre? Aber die Situation der Frauen dort und die Solidarität mit ihnen entbindet uns nicht, hier unsere Hausaufgaben beim Thema Gleichberechtigung zu erledigen.

Welche Frauenthemen können angesichts dieses Gewaltausbruchs überhaupt noch relevant sein?

Nach dem Motto schaut, den Frauen dort geht es ja noch viel schlechter, dürfen wir uns unsere Themen nicht marginalisieren lassen.

Was meinen Sie mit „unsere Themen“?

Unsere Themen, das sind gleiches Entgelt, raus aus der Alters-

armut, Vereinbarkeit Familienarbeit und Beruf, gleiche Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit, Schwangerschaftskonflikte im Strafbuch, Gewalt an Frauen, Repräsentanz in den Parlamenten und so fort - es gibt genug zu tun.

„Glauben Sie, wir hätten diese Katastrophen, wenn die Weltpolitik weiblicher wäre?“

Leni Breymaier
SPD-Bundestagsabgeordnete

Der Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel ist eines Ihrer politischen Schwerpunktthemen. Wie groß ist die Gefahr, dass Menschenhändler die Flüchtlingsströme aus der Ukraine nutzen, um an neue „Ware Frau“ zu kommen?

Das ist keine theoretische Frage. Diese Frage treibt mich ganz praktisch um. Freier freuen sich in den sozialen Medien ganz offen auf die jungen Ukrainerinnen. Einer schreibt am 25. Februar, also einen Tag nach Kriegsbeginn: „Das wird ein Fest.“ Alle, die jetzt mit Hilfslieferungen unterwegs sind, müssen, neben Behörden und Polizei, ein Auge haben auf junge Frauen, auch auf junge Frauen mit Kindern. Ihren Verbleib zu erfassen, ist keine Bürokratie, das ist bitter, bitter notwendig. Im Zweifel sind die Frauen hier nicht in Sicherheit.

Die Corona-Pandemie in Deutschland: Verschiedentlich wird beklagt, die Krise sei ein Rückschritt für die Frauenbewegung gewesen. Teilen Sie die Einschätzung?

Corona hat vor allem gezeigt, was nicht in Ordnung ist bei uns. Mütter, die Home-Schooling, Home-Office und Home-Work gleichzeitig zu stemmen hatten, gehen am Stock. Insbesondere Alleinerziehende. All diese Erfahrungen müssen in die praktische Politik einfließen.



Leni Breymaier: Die Sozialdemokratin ist unter anderem Sprecherin ihrer Fraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag. Foto: Flonn Große

Der Weltfrauentag 2022 und der Krieg in der Ukraine

Ostalb-Bündnis warnt aktuell vor Menschenhandel

Weltfrauentag: Der Weltfrauentag wurde im Jahr 1910 auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen ins Leben gerufen. Er sollte unter anderem die weltweite Einführung des Frauenwahlrechts fördern. Im Jahr 1977 wurde er von den Vereinten Nationen als Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden anerkannt. In Berlin ist er seit 2019 gesetzlicher Feiertag.

Flucht und Menschenhandel: Das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie die Organisation Solwodi warnten am Montag in einem offenen Brief: „Achtung - Menschenhändler warten auf fliehende Ukrainerinnen an den Grenzen!“ Darin werden Pramila Patten, Sondergesandte der Vereinten Nationen für sexuelle Gewalt in Konflikten, sowie Irene Hirzel vom Beratungs- und Schulungszentrum gegen Menschen-

handel und sexuelle Ausbeutung (ACT212) zitiert. Beide weisen darauf hin, dass Frauen und Kinder auf der Flucht massiv gefährdet seien, in die Fänge von Menschenhändlern zu geraten und in Bordellen zu landen. Der „Tagesspiegel“ in Berlin berichtet von dubiosen Schlafplatzangeboten für Flüchtlinge am Berliner Hauptbahnhof: Personen hätten Geld geboten, um speziell Frauen oder Jugendliche bei sich „aufzunehmen“, so die Polizei. bea

Flyer wurden überall verteilt!

GET HELP

Seitenumbruch



Call: **+49 800 116 016**
Violence against women support hotline



Гаряча лінія для жінок, які постраждали від насильства
Ми також розмовляємо англійською, польською та російською мовами



Call: **110 / 112**
Police / European emergency hotline
Anrufe sind kostenfrei und anonym. Im Notfall Polizei unter 110 anrufen.
Дзвінки безкоштовні та анонімні. У надзвичайних ситуаціях телефонуйте до поліції за номером 110.



Call: **+49 800 40 40 020**
Pregnant women in distress support hotline



Довідкова лінія для вагітних, які потребують допомоги
Ми також розмовляємо англійською, польською та російською мовами



Call: **+49 800 22 55 530**
Sexual abuse support hotline



Hilfe-Telefon Sexueller Missbrauch
Anrufen - auch im Zweifelsfall 0800 22 55 530

Гаряча лінія для допомоги дітям, що постраждали від сексуального насильства



ALWAYS KEEP YOUR PASSPORT/ID AND PHONE CLOSE

- Never give away your passport/ID to any other than the border guard or police!
- Keep important documents or money close to your body (e.g. bra).

SAVE IMPORTANT DOCUMENTS ONLINE

- Take a picture of important documents (credit card, ID, phone number from family/friends/aid organisations, etc.) and send it to yourself via E-Mail, so you have access at any time.

TRAVEL

- Inform your family/friends when you travel from one point to another.
- The public transport (Deutsche Bahn trains) in Germany is free of charge for people with Ukrainian documents.
- If you are travelling by a private organized transport, take a picture of the license plate and send it to family/friends. If the driver doesn't want you to take a picture of the plate, avoid using this transport.

WATCH OUT

...for people who offer "help", they might have hidden interests!

Please be aware that everyone is at risk of exploitation, fraud, false promises etc. (human trafficking) and that people who offer help might exploit your current situation!

Therefore:

- NEVER GIVE AWAY YOUR PASSPORT/ID/PERSONAL DOCUMENTS OR PHONE
- STAY IN GROUPS
- CHECK THE ID OF HELPERS
- TAKE A PICTURE OF THE LICENSE PLATE IF YOU GET INTO A PRIVATE TRANSPORT
- IF YOU ARE UNSURE ASK THE POLICE OR SECURITY STAFF FOR ADVICE
- BE CAREFUL IF SOMEBODY OFFERS YOU A RIDE, WORK OR ACCOMMODATION
- TRUST YOUR INSTINCTS, IF SOMETHING FEELS WRONG: LEAVE!

Better a blow job than no job!

PEER-COUNCELING FOR SEX WORKERS ARRIVING IN BERLIN

 **UKR/RU/EN/DE**

КОНСУЛЬТАЦІЇ ДЛЯ СЕКС-ПРАЦІВНИКІВ, ЯКІ ПРИБУВАЮТЬ ДО БЕРЛІНА

Peer Counselling for Sex Workers Arriving in Berlin

In Germany, sex work
is legal.

If you know someone
who needs support/
info on how to begin
sex work in Germany,
we can help.



Консультировани
е по принципу
"равный равному"
для секс-
работников,
прибывающих в
Берлин

В Германии секс-
бизнес легален.

Если вы знаете кого-
то, кому нужна
поддержка/
информация о том,
как начать
заниматься секс-
работой в Германии,
мы можем помочь.

Reaktionen in den Medien

dieunsichtbarenmaenner

"Habe mich mal am Hauptbahnhof umgesehen wer da [aus der Ukraine] ankommt. Teils richtig scharfe Frauen, da können wir uns freuen, wenn sich bald einige etwas dazu verdienen möchten."

- deutscher Freier
 Quelle: AO Huren Forum.
 25.03.2022.

Die Unsichtbaren Männer
 .wordpress.com

Claus Thaler:
 24.03.22 10:22

Wo inserieren die Weiber aus der Ukraine?

tiger1969:
 24.03.22 11:40

Man kann das moralisch bewerten wie man will
 - Tatsache ist:
 Es wird eine positive Auswirkung auf unser Hobby haben.
 Mehr Auswahl und, sollten genug kommen, werden auch die Preise etwas sinken.

AO-Neugieriger:
 24.03.22 12:07

Hier wurde schon viel über sinkende Preise orakelt. Kann auch sein, dass die sich dem bestehenden Preisgefüge anpassen und Ukrainerinnen sind auch nicht für ihren AO-Service bekannt. Da bin ich immer noch über die Rumbul-Fraktion dankbar.

Filmbeitrag für den SWR Februar 2022 <https://www.youtube.com/watch?v=f2yAt7ikh9I>



Leserinnenbrief zum Thema Pornografie

11 Lokales

19.03.2022_SP

Aalener Kinder vor Gewalt schützen

Gemeinderat Wie Kitas, Schulen und Vereine in der Stadt Konzepte entwickeln können, um zu verhindern, dass Kinder Opfer von Gewalt oder sexuellem Missbrauch werden. *Von Katharina Scholz*

Aalen

Kinder in Aalen sollen besser geschützt werden. Vor sexuellem Missbrauch und vor Gewalt. Einen entsprechenden Antrag stellte Carmen Venus für die Grünen-Fraktion im Gemeinderat. Bereits Ende des vergangenen Jahres stand der auf der Tagesordnung im Kultur-, Bildungs- und Finanzausschuss (KBFA). Kurz nachdem in Aalen ein kleiner Junge, knapp zwei Jahre alt, gestorben war. Der Lebensgefährte seiner Mutter ist wegen Mordes angeklagt. Mutmaßlich hat er das Kind geschlagen, gebissen und getreten.

„Unser zentraler Punkt ist, dass alle städtischen Einrichtungen die bestmögliche Unterstützung bekommen, Kinder zu schützen.“

Carmen Venus
Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen

Der Fall erschütterte Menschen in der ganzen Region und darüber hinaus. Mehrmals erwähnen ihn auch die Rätinnen und Räte in der vergangenen KVA-Sitzung, als der Grünenantrag wieder auf der Tagesordnung stand. Vergangenes Jahr nämlich wurde er vertagt. Man wollte zunächst Mitarbeiterinnen des Landratsamts einladen, um sich einen Überblick darüber zu verschaffen, was auf Kreisebene bereits getan wird und so zu entscheiden, wie man auf kommunaler Ebene diese Arbeit noch ergänzen kann.

Die Arbeit des Landratsamts: Jutta Funk, die Geschäftsbereichsleiterin Jugend und Familie beim Landratsamt, gab also in der vergangenen Sitzung einen Überblick über die Arbeit des Be-



Im November vergangenen Jahres gedenken Menschen in Aalen einem kleinen Jungen, der schwer misshandelt und getötet wurde. Der Lebensgefährte seiner Mutter ist angeklagt. *Archivfoto: Marius Bulling*

oder sexuellen Missbrauch erfahren, dass erkannt wird, wenn Kinder doch Opfer werden und dass Wege bekanntwerden, wie man betroffenen Kindern helfen kann, nannte sie unter anderem als Ziele der Arbeit. Dazu würden zum Beispiel Fachkräfte in Kitas geschult oder Ehrenamtliche in den Vereinen unterstützt.

Carmen Venus (Grüne): „Unser zentraler Punkt ist, dass alle städtischen Einrichtungen die bestmögliche Unterstützung dabei bekommen, Kinder zu schützen“, fasste Venus den Grünenantrag zusammen. Dazu sei ein Organisationswandel nötig, Fraktionskollegin Monika

„Kinder und Jugendliche, egal wo sie sich aufhalten, müssen vor Machtmissbrauch geschützt werden.“ In unterschiedlichen Institutionen müsste der Schutz unterschiedlich implementiert werden, in einem Verein anders als in einer Kita.

Thomas Wagenblast (CDU) sagte: „Eigentlich ist es traurig, dass wir uns solche Gedanken machen müssen.“ Kinder zu schützen sollte selbstverständlich sein. „Doch es gibt diese unendlich traurigen Fälle, wo Kindern Leid angetan wird.“ Das Wissen um den Kinderschutz sitze im Landratsamt. Man müsse es nun für die Stadt urbar machen und zu

tionskollegin Nadine Patzelt sagte, dass ein Schutzkonzept für die Vereinsvorstände „ein Bürokratismus, aber ein Muss“ sei. „Die Ehrenamtlichen brauchen jemanden, der sie an die Hand nimmt.“

Bernhard Ritter (Freie Wähler) fragte die Vertreterinnen des Landratsamts, wie der Gemeinderat ihre Arbeit unterstützen könne. Funk antwortete: „Wenn Sie in Vereinen helfen, ein Gewaltschutzkonzept zu implementieren.“ Hark-Thome regte dazu auch ein Qualitätssiegel für Vereine ein. Fraktionskollege Franz Fetzer ergänzte, dass das Präventionsprojekt „Mut zur Stärke“ an Schulen eine tolle Sache sei. Doch Lehrer müssten das beim Landratsamt anfordern. Er regte an, daraus eine automatisch wiederkehrende Aktion zu machen. „Wie das Fahrradtraining oder Schwimmen lernen.“

Helmut Gentner (SPD) berichtete vom LAC Essingen, der sich selbst einen Ehrenkodex gegeben habe, der ein Kinder- und Jugendschutzkonzept enthalte. „Das kann man nicht überstülpen“, sagte er. Der Ehrenkodex sei von allen Beteiligten selbst erarbeitet worden. Fraktionskollegin Eva-Maria Markert sprach Lob für die Arbeit des Landratsamts aus und signalisierte Unterstützung für den Grünen-Antrag.

Roland Hamm (Linke) sagte zum Thema: „Wir dürfen uns nicht einbilden, dass es das nicht gibt.“ Er habe von einem Mann gehört, der sich immer zu Ende des Ballettunterrichts am Kulturbahnhof aufgehalten habe. Ein Ehrenkodex sei gut und richtig. „Das alleine schützt aber noch niemanden.“

Bürgermeister Karl-Heinz Ehrmann fasste zusammen: „Zum Schluss geht's darum, dass sich jede Institution ein eigenes Schutzkonzept erarbeitet.“ Ziel sei es nun, jede Institution dar-

Lesermeinung
24.03.22_SP

Pornografie ist gefilmte Gewalt

zu: Aalener Kinder vor Gewalt schützen

Vielen Dank an den Aalener Gemeinderat und Dank an die Presse, die diesem so wichtigen Thema in der Samstagsausgabe großen Platz eingeräumt hat. Schon 2018 ist mit Unterstützung des Landratsamts, den drei großen Kreisstädten, den Soroptimistinnen auf der Ostalb, dem Kloster der Franziskanerinnen, Solowodi BW, vielen Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft, im Ostalbkreis ein starkes Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution entstanden, welches aufklärt und informiert zum Thema sexualisierte Gewalt. (...) Der Missbrauch beginnt, sobald mit dem ersten Handy die Macht des Internets ins Kinderzimmer eintritt - explizit die Macht der Pornoportale! In den vergangenen drei Jahren hat die Arbeit zum Thema Prostitution klar gezeigt, dass die Notwendigkeit besteht, präventiv auch in das Themenfeld Pornografie einzusteigen.

Pornografie ist gefilmte Prostitution und geht in den allermeisten Darstellungen mit Gewalt einher. Pornografie ist die Einstiegsdroge für die Prostitution. (...) Vielen Eltern und auch Lehrkräften ist nicht klar, dass die meisten Jugendlichen schon eine Vielzahl Geschlechtsakte gesehen haben, bevor sie überhaupt den ersten Kuss erleben.

Gleichzeitig gibt es so gut wie keine Möglichkeiten für die Heranwachsenden, über das Gesehene zu sprechen - außer mit Gleichaltrigen. Das Thema ist nach wie vor absolut tabuisiert. Es braucht Hilfestellungen für Eltern, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, die geeignet sind, hier Aufklärungsarbeit zu leisten und die Verantwortlichen dazu in die Lage versetzen, mit den Jugendlichen über ihre Erlebnisse zu sprechen und bei sexistischen Vorfällen eindeutig Stellung zu beziehen.

Dies soll zukünftig ein großer Schwerpunkt der Bündnisarbeit sein - Bündnispartnerinnen und Partner sind jederzeit willkommen, uns bei dieser Arbeit zu unterstützen!
Marietta Hagenev,
Aalen

April 2022 Gründung DIAKA

Das Deutsche Institut für angewandte Kriminalitäts-Analyse - DIAKA

Beratung, Schulung und Öffentlichkeitsarbeit für eine Gesellschaft frei von Menschenhandel und damit verbundener sexualisierter Gewalt



14.5.2022_SP

Namen und Nachrichten



Marietta Hageney

Aalen. Als Leiterin der Solwodi-Beratungsstelle Baden-Württemberg in Aalen und der Geschäftsstelle des Ostalb-Bündnisses gegen Menschenhandel kämpft sie seit vielen Jahren gegen Zwangsprostitution. Jetzt hat die Aalenerin Marietta Hageney gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen das „Deutsche Institut für angewandte Kriminalitätsanalyse“ (DIAKA) in München gegründet. Das Ziel: „Beratung, Schulung und Öffentlichkeitsarbeit für eine Gesellschaft frei von Menschenhandel und damit verbundener sexualisierter Gewalt“, heißt es in einer Pressemitteilung.

„Was in Deutschland als Prostitution bezeichnet und behandelt wird, ist in weiten Teilen ein Geschäftsfeld der organisierten Kriminalität“, sagt Manfred Paulus, Erster Kriminalhauptkommissar a.D. und ebenfalls Gründungsmitglied des Instituts. Weitere Initiatoren kommen aus Politik, Kriminalpolizei und Rechtswissenschaft, Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, Betroffenenverbänden, Wirtschaft und Medien, unter anderem Staatsministerin a.D. Prof. Ursula Männle, die stellvertretende Vorstandsvorsitzende von terre des femmes Inge Bell, Kriminaloberrat a.D. Helmut Sporer oder Sandra Norak, Juristin und Menschenrechtsaktivistin.

Das neue Institut will Politik, Gesellschaft und Medien unterstützen, um „tragfähige Entscheidungen“ im Bereich der Prostitutionspolitik treffen zu können. Der Anlass sei brandaktuell, so die Initiatoren. Mädchen und Frauen fliehen derzeit aus der Ukraine, um in Deutschland Schutz und Sicherheit zu finden. Doch sie kämen in ein Land, das sich international einen schlechten Ruf als „Bordell Europas“ erworben habe - und sie seien unmittelbar gefährdet, hier von Zuhältern und Menschenhändlern in die Prostitution gezwungen zu werden. Marietta Hageney: „Es kursieren Mythen und falsche oder manipulierte Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse im Gewaltsystem Prostitution. Es fehlt an Fachinformationen und Aufklärung.“ bea

April 2022 – Information im Kreistag

22-04-01_Kreistag_PornofreieSchulen_IpfuJagst

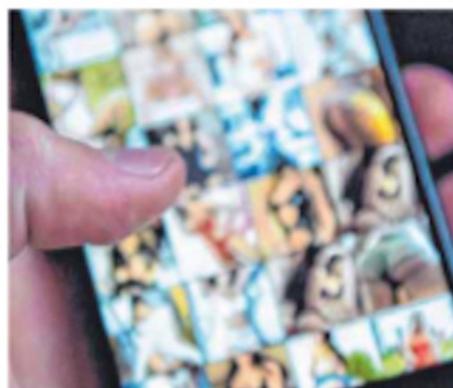
Kreistagsausschüsse unterstützen pornofreie Schulen

Marietta Hageney vom Ostalb-Bündnis: Einstiegsalter für Pornografie liegt zum Teil bei zehn Jahren

Von Viktor Turad

AALLEN - Jedes Kind, das ein Handy hat, kann Pornos sehen. Bei Schulschluss steigen die Klickzahlen bei den einschlägigen Seiten. Zwei Aussagen zu einem „Tabuthema“, nämlich Prostitution und Pornografie, über das Marietta Hageney die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses und des Jugendwohlfahrtsausschusses des Kreistags in ihrer jüngsten gemeinsamen Sitzung informierte.

Pornografie ist die Einstiegsdroge zur Prostitution, so die These von Marietta Hageney, die für das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution Bericht erstattete. Ziel müsse deshalb eine Schule ohne Pornografie sein. Dies sei ein Prozess. Die Schulen seien bereit mitzuziehen. Es brauche aber auch eine Gesetzesänderung. Dafür habe das Bündnis mit den Weg bereitet. Ein Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit der geltenden Gesetze werde in etwa acht Wochen vorlie-



Über Smartphones kommen Pornos in die Schulen. FOTO: SILAS STEIN/DPA

gen. Ziel ist das sogenannte nordische Modell, wonach Freier bestraft werden und nicht die Prostituierten.

In den vergangenen zwei Jahren habe die Arbeit am Thema Prostitution klar gezeigt, dass man präventiv in das Themenfeld Pornografie einsteigen müsse, denn bei ihr handele es sich um gefilmte Prostitution. Dieses Fazit zog Hageney in der Sitzung.

Das Einstiegsalter für Pornografiekonsum liege zum Teil bei zehn Jahren, sagte sie weiter. Vielen Eltern

und Lehrern sei nicht bewusst, dass die meisten Jugendlichen schon eine Vielzahl Geschlechtsakte, oft von Gewalt geprägt, gesehen hätten, bevor sie den ersten Kuss erlebten. Das Bündnis wolle das Jahr 2022 nutzen, um Eltern, Lehrer und Schulsozialarbeiter in die Lage zu versetzen, mit den Jugendlichen über ihre Erlebnisse zu sprechen und bei sexistischen Vorfällen eindeutig Stellung zu beziehen.

Auch die Jugendlichen selbst sollen eine Zielgruppe sein. Dabei solle aber auf keinen Fall Neugier erzeugt werden. Schulgemeinschaften, Verbände oder Verwaltungen sollen so geschult werden, dass ein geschlechtersensibler und respektvoller Umgang miteinander entstehen könne, sagte die Referentin.

Das Bündnis ist mit Unterstützung des Kreises, der Städte Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen, der Soroptimist-Servicegesellschaften und des Klosters der Franziskanerinnen 2018 gegründet worden. Das Bündnis, unterstrich Hageney,

sei ein Leuchtturmprojekt und werde als solches wahrgenommen: Die Städte und Landkreise Esslingen, Reutlingen, Ludwigsburg, Karlsruhe, Mannheim und Bremen seien dabei, Bündnisse nach dem Vorbild des Ostalbkreises zu gründen.

„Höchsten Respekt“ für die Arbeit des Bündnisses zollte Inge Birkhold (CDU). Dieses Thema und auch die Gewaltprävention müssten dauerhaft verankert werden. Bei der Prävention müsse man sich noch breiter aufstellen, ergänzte Bernhard Richter (SPD). Bei Eltern gebe es eine gewisse Hilflosigkeit, und man müsse auch die Abgründe ansprechen.

„Das ist sehr beeindruckend, was Sie versucht und umgesetzt haben“, stellte Josef Bühler (Freie Wähler) fest und ermunterte Hageney, nicht den Mut zu verlieren. „Sie haben im Ostalbkreis Pionierarbeit geleistet.“ Dem schloss sich Landrat Joachim Bläse an. Er sprach davon, dass der Ostalbkreis drei Jahre lang vorbildlich Verantwortung übernommen habe.

Kooperation mit der Gmünder Aidshilfe

22.04.2022_GP

„Hier werden Frauen gekauft und kaputtgemacht“

Prostitution Breymaier spricht sich bei einer Diskussionsrunde der Gmünder Aidshilfe für ein Sexkaufverbot aus.

Schwäbisch Gmünd. Für Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier (SPD) ist klar: Ein Sexkaufverbot muss her. Das stellte sie unmissverständlich klar in der Diskussionsrunde im Kompetenzzentrum für sexuelle Gesundheit der Aidshilfe. Mit am Tisch: Vorstände und Mitglieder der Aidshilfe Gmünd, Marietta Hagenev von Solwodi und Sonja Elser vom AWO Kreisverband Göppingen.

In seinem Eingangswort stellte Joschi Moser, Vorsitzender der Gmünder Aidshilfe, fest, dass die Gmünder Aidshilfe Prostitution anders beurteile als die Deutsche Aidshilfe. Letztere sehe Prostitution als eine normale Arbeit an. Für Moser und seine Mitstreiter aber sei klar: „Es ist keine Arbeit“, vor allem distanzieren sich die Gmünder Aidshilfe davon, Prostitution als Ausbildungsberuf zu sehen.

Paradies für Sextouristen

Die Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier wies darauf hin, dass vor rund 20 Jahren Prostitution in Deutschland als sittenwidrig galt. Das bedeutete, Prostituierte konnten ihren Lohn nicht einklagen. Deutschland wurde zu einer Drehscheibe des Menschenhandels, zum Paradies für Sextouristen aus aller Welt.



Befürworten ein Sexkaufverbot: Sonja Elser (l.), Leni Breymaier (3.v.l.), Joschi Moser (Mitte) und Dieter Strobel (2.v.r.) sowie weitere Teilnehmer der Diskussionsrunde. Foto: Tom

„Das Argument: Prostitution verbieten, dann geht alles ins Dunkelfeld, gilt nicht, denn alles ist bereits im Dunkelfeld“, so Leni Breymaier. In Deutschland werde alles genau statistisch erfasst: Mastschweine, Eigentumswohnungen und so weiter, aber über die Zahl der Sexarbeiterinnen gebe es keine genauen Angaben. 40 000 seien angemeldet, so die Bundestagsabgeordnete weiter, doch die reale Zahl schwanken zwischen 200 000 und 400 000, bei einem Umsatz von 14 Milliarden Euro.

„Für Amnesty National, Deutsche Aidshilfe und Diakonie wie die Gesetzgebung sind Prostituierte freiwillige Sexarbeiterinnen“, so Sonja Elser, also sei alles chic und fein. Die Bundestagsabgeordneten seien nicht ausreichend informiert, so Breymaier, da sei noch viel zu tun. Denn die gesellschaftliche Haltung müsse sich ändern. „Hier werden Frauen gekauft und kaputtgemacht.“ Es gehe nicht um Befriedigung eines sexuellen Bedürfnisses, sondern Ausübung von Macht und Gewalt. Aufklärung erfolge

heute durch Pornokonsum. Jede neue Praktik finde sofort Widerhall in der Anwendung bei Prostituierten.

Eine „Speisekarte“ im Bordell

Für Flüchtlingsfrauen und -mädchen aus der Ukraine habe sich in Freierforen der Social Media die Tonlage von offenen Anfragen von Männern in ein „mitfühlendes“ „better a blow job as no job“ gewandelt. In Bordellen gebe es eine „Speisekarte“ für Frauen, nach Nationalitäten im Preis abgestuft mit Sex zum niedrigeren

Preis als ein Getränk in der Bar nebenan. Bei Zimmerpreisen in Stuttgart von 150 / 170 Euro pro Tag und dem „Kundenpreis“ von 30 Euro lässt sich ausrechnen, wie viel allein für Miete und den „Betreuer“ „gearbeitet“ werden müsse.

In der Corona-Krise erhielten Bordellbetreiber finanzielle staatliche Unterstützung, die Security konnte in Kurzarbeit gehen, die Prostituierten blieben außen vor. An diesem System müsse sich dringend etwas ändern, so Breymaier. Das „Nordische Modell“, bereits in Schweden und Frankreich eingeführt, bestraft Freier und Bordellbesitzer, entkriminalisiere die Prostituierten und beinhalte eine Finanzierung von Ausstiegsprogrammen für Prostituierte.

Durch ein Sexkaufverbot werde Prostitution zwar nicht plötzlich verschwinden. Aber die staatlichen Gesetze haben eine normative Wirkung. Die Beobachtungen aus Schweden zeigten, dass sich die Gesellschaft verändert hat. Sexkauf gesellschaftliche Ächtung erfuhr. Das müsse begleitet werden von intensiver schulischer und gesellschaftlicher Aufklärung darüber, was eine gleichberechtigte gesunde Sexualität ist. gkg

Mai 2022 Gründung des Ludwigsburger Bündnis

[HOME](#)

[HINTERGRÜNDE](#)

[CLIPS](#)

[ÜBER UNS](#)

[WER IST DABEI?](#)

[VERANSTALTUNGEN](#)

[KONTAKT UND MITMACHEN](#)



LUDWIGSBURGER BÜNDNIS (in Stadt und Landkreis) gegen MENSCHENHANDEL und | ZWANGS- | PROSTITUTION

Die Basis unserer Arbeit ist der humanitäre Einsatz für die allgemeinen Menschenrechte und die Menschenwürde, die unserer Einschätzung nach in diesen Bereichen massiv verletzt werden.

Kongress Menschenhandel auf dem Schönblick in Schwäbisch Gmünd Mai 2022

Veröffentlicht am: 30.05.2022 – 18:19

Verbot der Nachfrage gefordert



Über 300 Teilnehmer kommen zum Kongress gegen Menschenhandel auf den Gmünder Schönblick. Wie können Ausbeutung und Abhängigkeit heutzutage verhindert werden? Foto: Tom © Tom

August 2022 – Stellungnahme zu „Layla“

11.08.2022_Haller Tagblatt

„Das System Layla ist das Problem“

Unterhaltung Marietta Hageneý hilft auch im Landkreis Schwäbisch Hall Frauen in der Prostitution beim Ausstieg. Sie erzählt von Ausbeutung und Gewalt und von ihrer Sicht auf den Sommerhit 2022. *Von Birgit Trinkle*

Kinder singen „Layla“ auf dem Spielplatz; Dutzende Versionen kursieren auf ganz unterschiedlichen Plattformen, unter anderem die in der Kirche auf der Orgel gespielte. Was also könnte jemand, dem allein die Vorstellung von Zensur zuwider ist, gegen diesen Nummer-eins-Hit sagen – außer eben, dass die Ohrwurm-melodie nicht ausreicht, den selten dämlichen Text vergessen zu machen. Wer die Handynummer engster Freunde nicht auswendig parat hat, wohl aber die von Rosi aus dem Sperrbezirk, sollte ohnehin vorsichtig sein mit solcher Grundsatzkritik am Sommerhit von Michael Müller alias DJ Schürze aus Bühlerzell.

Frauen in Not

Marietta Hageneý mit dieser Haltung zu konfrontieren, empfiehlt sich freilich nicht. Hageneý spricht für das „Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution“ und als Leiterin der Beratungsstelle von Solwodi Baden-Württemberg – englische Abkürzung von Solidarität mit Frauen in Not, die auch im Landkreis Schwäbisch Hall Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution begleitet.

„Prostitution ist in Deutschland legal und in weiten Teilen ein Geschäftsfeld der organisierten Kriminalität“, sagt Manfred Paulus, Erster Kriminalhaupt-



Marietta Hageneý weiß mehr über Prostitution, als sie jemals wissen wollte.

Foto: Birgit Trinkle

kommissar a. D. aus Ulm und mehr als 30 Jahre Leiter einer Kriminaldienststelle mit Schwerpunkt Rotlicht. Paulus und Hageneý haben das DIAKA gegründet, Deutsches Institut für angewandte Kriminalitätsanalyse, und durch ihre Arbeit fühlen sie sich in ihrer kompromisslosen Ablehnung des Partyhits bestätigt. Hageneý präzisiert: „Das System Layla gehört verboten. Nicht das Lied und nicht der Spaß.“

„Ein Gewaltsystem“

Hageneý kritisiert, dass das Lied Mythen und Romantisierung pflegt, die mit der Wirklichkeit nicht im Entferntesten etwas zu tun

hätten, während das Schicksal der vielen echten Laylas die Politik offenbar kaltlasse: „Das Problem ist, dass es diese Bordelle überhaupt gibt, sogar mit staatlicher Erlaubnis, dass die echten Laylas darin täglich Gewalterfahrungen mit Freiern, Zuhältern und Menschenhändlern machen, dass sie missbraucht und ausgebeutet werden und dass sich darüber kaum jemand aufregt.“

Der Vorstand des DIAKA hat jüngst einen Gastbeitrag für „Spiegel online“ geschrieben. Dem Ganzen zugrunde liegt Hageneý zufolge das Anliegen, Prostitution als das zu zeigen, was sie sei: „ein rassistisches und sexistisches

Gewaltssystem“, zudem eine Verletzung der Menschenwürde; ein entsprechendes Rechtsgutachten dazu wird am 5. Oktober vorgestellt.

Ein falsches Bild

Der Ostalbkreis finanziert dem Bündnis drei Jahre lang eine halbe Stelle für Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Geschäftsführerin Marietta Hageneý ist dafür unter anderem in Osteuropa unterwegs. Vielfach arbeitet sie aber auch über die Landkreisgrenzen hinaus mit Betroffenen. Die Verletzungen, die sie beschreibt und das, was die meist sehr jungen Frauen auszuhalten haben, hat

mit der Minderheit sogenannter Escort-Studentinnen und selbstbewusst auftretender, nach eigenen Vorstellungen arbeitenden Prostituierten nichts zu tun.

Gnadenlose Branche

Mit Blick auf eine Studie der Ehe-, Familien- und Lebensberatung (EFL), nach der die Mortalitätsrate einer Frau in der Prostitution bis zu 40-mal höher ist, ergänzt sie Fallzahlen um Lebensgeschichten ungezählter Frauen: „Wir haben keine Ahnung, wie viele Frauen in Deutschland in der Prostitution sind, aber wir wissen sicher, dass über 90 Prozent der Frauen aus Ost- und Südosteuropa stammen.“ Hageneý betreut Frauen beim Ausstieg aus dem System Prostitution und damit beim Wiedereinstieg in ein „ganz normales Leben“ und sie tut sich sehr schwer mit dem Kampf gegen eine, wie sie sagt, skrupel- und gnadenlose Branche: „Das Letzte, was diesen Frauen einfiel, wäre ‚Layla‘ zu singen.“

Info Seit 2002 gibt es in Deutschland eine der liberalsten Prostitutionsgesetzgebungen Europas, was dazu führt, dass Deutschland als Bordell Europas gilt. Daran ändert auch das 2017 in Kraft getretene Prostituiertenschutzgesetz nichts, das die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessern sollte: Bislang ist nur ein Teil der Prostituierten registriert und auch das reicht nicht aus, die Menschen in diesem System zu schützen.

Juni 2022 Rosenstein Gymnasium Heubach

Deutschland als „Bordell Europas“

10.08.2022_SP

Vortrag Marietta Hageney von Solwodi informiert im Rosenstein-Gymnasium über Zwangsprostitution.

Heubach. In einem Vortrag vor Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 1 am Rosenstein-Gymnasium in Heubach berichtete Marietta Hageney, die Leiterin der Beratungsstelle Solwodi in Aalen, über die „verfehlte Politik Deutschlands“, denn hier gelte Prostitution als Dienstleistung. In den meisten Ländern der EU sei die Prostitution verboten. Solwodi ist eine Menschen-

rechtsorganisation, die Frauen in Notsituationen hilft. Zum Beispiel, wenn sie durch Armut und Menschenhandel in die Prostitution gezwungen werden. 400 000 bis eine Million Prostituierte gebe es allein in Deutschland, so die Schätzung. 90 Prozent der Frauen stammten aus Osteuropa, fünf Prozent seien Deutsche, die übrigen Thai oder Afrikanerinnen. „Durch eine geänderte Gesetzes-

lage kann sich die Haltung einer Gesellschaft verändern“, sagt Hageney. In Schweden, wo ein restriktives Gesetz 1999 verabschiedet wurde, laute das Credo mittlerweile: „Nur Loser kaufen Frauen.“ Seit der Gesetzgebung aus dem Jahre 2017 sei Deutschland hingegen das „Bordell Europas“. Jeder Mann, der ins Bordell geht, so Hageney, bewege sich im legalen Raum.

Demgegenüber stünden die Prostituierten: mittellose, junge Frauen und Mädchen, die entweder von sogenannten „Loverboys“ in psychische und physische Abhängigkeit gesetzt und zum Sex gezwungen würden oder einfach nur der Armut ihrer Heimat entfliehen wollten, so Marietta Hageney. Sie seien in keinem Hilfesystem, hätten kein Anrecht auf Sozialleistungen, keine Kran-

kenversicherung, und kaum einen Weg, der entkommen; totale A

keit.
Für Abteilungsleiterin Toph Huber gehört die menkomplex ganz zum Präventionsprogramm des Rosenstein-Gymnasiums, Schulsozialarbeiterin Dionyssiotis begrüßte weitere Maßnahmen anreg

Aktive Unterstützung des Ulmer Bündnis beim Donaufest Juli 2022

24.6.2022_SWP

Prostitution im Donauraum

Politik Das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel veranstaltet namhaft besetzte Podiumsdiskussion zum Thema.

Ulm/Neu-Ulm. Etwas mehr als 200 Frauen gehen in Ulm und Neu-Ulm der Prostitution nach. Gut 90 Prozent davon kommen aus anderen Ländern, allein die Hälfte aus dem Donauraum. Für das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sind das Gründe genug, ihr Anliegen bei dem am 1. Juli beginnenden Internationalen Donaufest zu thematisieren.

„Wir wollen niemandem die Festlaune verderben“, sagt Diana Bayer vom Frauenbüro der Stadt Ulm. Aber zu den tollen kulturellen und kulinarischen Angeboten gehöre es auch, auf die weniger erfreulichen Entwicklungen der Zusammenarbeit entlang der Donau hinzuweisen, ergänzt vh-Leiter Christoph Hantel.

Nach der großen Fachtagung im vergangenen Herbst (wir berichteten), hat sich das Bündnis auch für dieses Jahr mehrere Veranstaltungen beim Donaufest überlegt, das vom 1. bis 10. Juli stattfindet. In der Hauptsache wird es eine Podiumsdiskussion am Donnerstag, 7. Juli, im Stadthaus geben. Mit „Paradies oder Hölle“ überschrieben beleuchtet das prominent besetzte Podium die Lage südosteuropäischer Frauen im Sexgeschäft.

Nordisches Modell favorisiert

Mit dabei sind Sabine Constabel von Sisters aus Stuttgart, einem Ausstiegsprojekt für Prostituierte, Marie Merklinger, eine „Überlebende der Prostitution“ – wie sie genannt wird – und Helmut Sporer, ein szenekundiger Kriminalbeamter aus Augsburg, der für einen neuen Umgang mit dem Gewerbe wirbt. Er selbst wie das Ulmer Bündnis auch favorisieren das so genannte Nordische Modell, das Freier bestraft und so die Nachfrage reduzieren will.

Das Bündnis wird auch in einem der Themenzelte am Donauufer vertreten sein. Nicht zuletzt mit einem speziellen Flyer, der mit Mythen wie der Prostitution als dem ältesten Gewerbe der Welt aufräumt und auch ansonsten vielfältige Informationen liefert. Erfahrungen aus Schweden und Norwegen beispielsweise würden eindeutig belegen, dass sich die Situation von betroffenen Frauen deutlich verbessere und Prostitution mitnichten in die Illegalität getrieben werde. Das Themenzelt findet am Dienstag, 5. Juli, statt. Weitere Veranstaltungen sind gleich am ersten Wochenende, 2. und 3. Juli.

Neues Institut gegründet

In diesem Zusammenhang weist Marietta Hageney von der Beratungsstelle Solwodi in Aalen auf die Gründung eines neuen Instituts für angewandte Kriminalitätsanalyse hin. Daran beteiligt ist auch der ehemalige Ulmer Kriminalbeamte und bundesweit gefragte Fachmann, Manfred Paulus. Das Ziel der Institutsarbeit ist die Beratung, Schulung und die Öffentlichkeitsarbeit für eine Gesellschaft frei von Menschenhandel und damit verbundener sexualisierter Gewalt.

Dies sei umso wichtiger, als bundesweit deutsche Bordellbetreiber gezielt versuchten, die Notlage von geflüchteten Mädchen und Frauen aus der Ukraine auszunutzen und sie in die Prostitution zu ziehen. Ein Phänomen, das in Ulmer Bordellen nach Auskunft der Polizei aber offenbar noch nicht zu beobachten ist. Aber auch an Donau und Iller floriert die Prostitution nach einer Anbahnung im Netz in Hotels – vornehmlich in solchen, in denen es keinen Empfang gibt.

Hans-Uli Mayer



HerA - Leuchtturmprojekt der AWO Göppingen Start Sommer 2021 – Das Ostalb-Bündnis und SOLWODI vernetzen sich mit HerA!



WAS IST HERA? ANGEBOTE AUFNAHME DOWNLOADS

Unterkunft und Unterstützung

Kriz durumunda barinma evi & Kadinlar icin destek önerileri

Crisis shelter and support possibilities for women

تامزالا يف ءاسنلل معدلاو ةماقلا ضورع

Válságmenhely & támogatási ajánlatok a nők számára

Жильё и предложение поддержки для женщин в кризисных ситуациях

Adapost de criza & oferta de sprijin pentru femei

Кризисен център: подслон и подкрепа за жени



0176 17303340

Unterstützung, Betreuung und Unterkunft für Frauen in schwierigen Situationen infolge von Ausbeutung, Gewalt und Zwangshandlungen

Jede Frau, auch mit Kindern, kann zu uns kommen:

- bei körperlicher, sozialer oder wirtschaftlicher Gewalt
- in Situationen, die von Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenabhängigkeiten geprägt sind
- die Opfer von sexueller Ausbeutung und Zwangshandlung war
- bei seelischer und psychischer Misshandlung oder Bedrohung

Alle Religionszugehörigkeiten und Nationalitäten erhalten bei uns Unterstützung!



Projekt "Not for Sale" mit HerA Göppingen



Projekt "Not for Sale" mit HerA Göppingen

Seite 15 Mittwoch, 6. Juli 2022

KREIS GÖPPINGEN

Auf Seite 23: Die Donz
Steingartenschule
dringend saniert wer

Angeklagter spricht über Drogensucht

Verbrechen In dem Amstettener Mordprozess vor dem Landgericht Ulm hat der Angeklagte sein Schweigen gebrochen.

Ulm. Ein 30-Jähriger muss sich seit Mitte Mai wegen eines Mordes im November in Amstetten vor dem Landgericht Ulm verantworten. Kommende Woche geht der Prozess auf die Zielgerade: Am 11. Juli wird das Urteil erwartet. Davor werden Staatsanwaltschaft und Verteidigung ihre Plädoyers vortragen. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Angeklagten Mord in Tateinheit mit Vergewaltigung mit Todesfolge vor. Das 35-jährige Opfer soll an seinem Erbrochenen in der Luftröhre erstickt sein. Das hatte eine Rechtsmedizinerin bereits zu Beginn des Prozesses erklärt.

Die Staatsanwaltschaft ist laut der Anklage überzeugt, dass sich der 30-jährige Beschuldigte bewusst war, den Tod des 35-jährigen zuzulassen und dass er sich bewusst war, dass sich der Mann in Lebensgefahr befand. Außerdem soll der 30-Jährige sein Opfer vergewaltigt haben. Ermittler konnten dementsprechende DNA-Spuren finden.

Nachdem der Angeklagte während des bisherigen Verfahrens geschwiegen hatte, berichtete er am Montag, dem vorletzten Prozesstag, von einem Ereignis, das in seinem Heimatland Pakistan vorgefallen sein soll und ihn bis heute belaste. Er sei dort in eine Blutfehde verwickelt gewesen



Arbeiterwohlfahrt startet Kampagne gegen sexuelle Ausbeutung

Mit acht großformatigen Bannern im Göppinger Stadtgebiet wird bis Mitte des Monats auf das Schicksal junger sexuell ausgebeuteter Menschen aufmerksam gemacht. Die Aktion ist Teil der bundesweiten Kampagne „Not for sale“ („Nicht zu verkaufen“). Sie weist auf den Handel mit Minderjährigen hin. Weltweit, so das Bundeskriminalamt, wer-

den jährlich etwa zwei Millionen Mädchen und Jungen schon in frühester Kindheit sexuell ausgebeutet – mit schwersten Folgen für Körper und Seele. Lena Reiner, die Fotografin der Schwarzweißporträts, sagt: „Menschen sind keine Ware, und auch kein Sexspielzeug.“ Die Kampagne in Göppingen wird vom Kreisverband der Arbeiter-

wohlfahrt (AWO) organisiert. Unser Foto zeigt den Start der Aktion vor der AWO-Geschäftsstelle. Am 16. November wird in Göppingen der Film „Freier Wille“ gezeigt – in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Kino Open End, den Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Göppingen und des Landkreises sowie der Volkshochschule. Foto: Giacinto Carlucci

Skepsis und Zuversicht

Wirtschaft Allgäuer sieht sich nach dem Verkauf an die chinesische Westron Group gestärkt. Die Euphorie mancher Mitarbeiter hält sich jedoch in Grenzen. Von Susann Schönfelder

Film und Podium mit Anja Jesinger



**Vorführung und
Podiumsdiskussion**

16. November 2022

19:00 Uhr

**Staufen-Movieplex
Göppingen**

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion diskutiert Leni Breymaier, MdB SPD und Mitgründerin von sisters e.V., für den Ausstieg aus der Prostitution mit den beiden Prostitutionsüberlebenden Marie Merklinger und Josie vom Netzwerk Ella. Moderieren wird Sonja Elser, die Geschäftsführerin vom AWO Kreisverband Göppingen e.V. ¶

Filmdreh in Göppingen zur Arbeit von HerA Juli 2022

<https://www.filstalwelle.de/video/2022-07-05-awo-kampagne-gegen-menschenhandel-und-zwangsprostitution>



Banneraktion in Aalen November 2022 wird fortgesetzt

Veröffentlicht am: 21.11.2022 - 11:22

SP+ Banneraktion „Not for sale“ wird in Aalen fortgesetzt



Mit einem neuen Standort am Aalener Bahnhof wird die Banneraktion "Not for sale" fortgesetzt. © Oliver Giers

Mit einem neuen Standort am Aalener Bahnhof wird die Banneraktion "Not for sale" fortgesetzt.

Stellungnahme zu Menschenhandel September 2022 Fortsetzung der Banneraktion

27.09.2022_SP

Gegen den Handel mit Menschen

Prävention Was die Aktion „Not for Sale – Menschen sind keine Ware“ zum Ausdruck bringen will und wer dahinter steht.

Aalen. Dem Ostalb-Bündnis ist die Präventionsarbeit ein wichtiges Anliegen: Vor allem junge Menschen sollen durch Vorträge und Diskussionen in Schulen, Vereinen, Ausbildungsstätten, Betrieben und Unternehmen aufgeklärt und sensibilisiert werden. Dazu leistet die Kampagne „not for sale“ einen wichtigen Beitrag. Im Herbst 2018 haben auf Initiative des Landratsamts die Großen Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd, die Clubs der Soroptimistinnen der Kreisstädte und das Kloster der Franziskanerinnen gemeinsam mit vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-) Prostitution gegründet.

„Auch auf der Ostalb gibt es sexuelle Ausbeutung von Menschen, von Mädchen, Frauen und Kindern“, worauf die Beirätinnen des Bündnisses auch jetzt wieder mit verschiedenen kreisweiten Aktionen rund um den internationalen Tag gegen Prostitution und Menschenhandel am 5. Oktober hinweisen.

Im Frühjahr 2021 hat das Ostalb-Bündnis die Kampagne „Not for sale“ der Menschenfotografin Lena Reiner übernommen und Bauzäune in der Region mit großen Bannern versehen. Jetzt sind sie wieder im Ostalbkreis und hängen seit diesem Montag an den Bauzäunen entlang des Parkplatzes am alten in der Wilhelm-Merz-Straße in Aalen.

Veröffentlicht am: 21.11.2022 - 11:22

SP+ Banneraktion „Not for sale“ wird in Aalen fortgesetzt



Mit einem neuen Standort am Aalener Bahnhof wird die Banneraktion "Not for sale" fortgesetzt. © Oliver Giers

Mit einem neuen Standort am Aalener Bahnhof wird die Banneraktion "Not for sale" fortgesetzt.

Oktober 2022 - Erneuter Kampagnenstart „not for sale“ in Aalen

1.10.2022_SP

„not for sale“ zeigt Präsenz in Aalen

Aktion Kampagne zum internationalen Tag gegen Prostitution und Menschenhandel.

Aalen. Not for Sale – Menschen sind keine Ware. Mit dieser Bannerkampagne rund um den internationalen Tag gegen Prostitution und Menschenhandel am 5. Oktober macht das Ostalb-Bündnis an den Bauzäunen des Parkplatzes auf dem Union-Areal in der Wilhelm-Merz-Straße in Aalen aufmerksam. Auch auf der Ostalb gibt es sexuelle Ausbeutung von Menschen, von Mädchen, Frauen und Kindern.

Dem Ostalb-Bündnis ist die Präventionsarbeit ein wichtiges Anliegen: Vor allem junge Menschen sollen durch Vorträge und Diskussionen in Schulen, Ver-

einen, Ausbildungsstätten, Betrieben und Unternehmen aufgeklärt und sensibilisiert werden. Dazu leistet die Kampagne „not for sale“ einen wichtigen Beitrag.

Im Herbst 2018 haben auf Initiative des Landratsamts die Großen Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd, die Clubs der Soroptimistinnen der Kreisstädte und das Kloster der Franziskanerinnen gemeinsam mit vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-) Prostitution gegründet.



Die Beauftragte für Chancengleichheit des Kreises Carmen Venus (v.l.), Marietta Hageney von der Geschäftsstelle des Ostalb-Bündnisses und Tobias Kley vom Landratsamt hängen Banner auf. Foto: privat

Große Vorstellung im Prediger am 5. Oktober 2022 dem Internationalen Tag gegen Prostitution

Das Grundgesetz und die Realität in der Prostitution – Wie passt das zusammen?



Auf dem Foto (v.l.n.r.): Elke Heer (Beauftragte für Chancengleichheit der Stadt Schwäbisch Gmünd), Helmut Sporer (Kriminaloberrat a.D., Vorstand DIAKA), Leni Breymaier (Mitglied des Bundestages, SPD), Gisela Stephan (Frauen Union Schwäbisch Gmünd), Anja Meinhardt (Justice in Motion), Prof. Dr. Ulrich Rommelfanger, Elisabeth Winkelmeier-Becker (Mitglied des Bundestages, CDU), Marietta Hageney (Geschäftsstellenleiterin Ostalb-Bündnis, Gründungsmitglied DIAKA).

Foto Peter Stephan

Tanzperformance im Prediger am 5. Oktober

Arbeit im Puff „mensenunwürdig“

7.10.2022_SP

Prostitution Jurist, Polizist und zwei Abgeordnete des Bundestags klagen bei einer Debatte in Gmünd an, dass die Prostitution in Deutschland nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. *Von Cornelia Villani*

Schwäbisch Gmünd

Puff oder Würde – unter dieser Überschrift fand am Mittwoch die Gmünder Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Prostitution statt. Gefragt wurde ein prominent besetztes Podium, ob der Geist des Grundgesetzes damit zusammenpasst, wie mit Prostitution in Deutschland umgegangen wird. Nein, lautete die Antwort.

„Da geht etwas kaputt in der Gesellschaft.“

Leni Breymaier,
Bundestagsabgeordnete

Schon zu Beginn kam kein Zweifel auf, um was es hier ging. Auf der Bühne schien eine junge Frau ein kleines Kind in Armen zu halten, mit dem sie glücklich scherzte. In der nächsten Szene schrieb die Frau ihrer Tochter, dass sie gut angekommen sei, bei dem Mann, den sie liebt. „Bald holen wir dich nach.“ Dann zeigte Darstellerin Anja Meinhardt einen wilden, verzweifelten Tanz, an dessen Ende die Frau in Pumps und Minikleid auf der Bühne stand und jemanden mit Grabesstimme begrüßte: „30 Euro, ein Fick.“

Die Würde bleibt auf der Strecke
„Mir fällt es nicht leicht, jetzt weiterzumachen“, sagte Gmünder Bürgermeister Julius Mihm. Zusammen mit dem Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, der Frauen-Union Schwäbisch Gmünd und Ostalb hatte die städtische Stabsstelle für Chancengleichheit zur Debatte geladen.

Der Einladung gefolgt waren zwei Abgeordnete aus dem Bundestag: Leni Breymaier, SPD-Abgeordnete für Aalen-Heidenheim, und Elisabeth Winkelmeier-Becker, CDU-Mitglied im



Darstellerin Anja Meinhardt zeigte beim Internationalen Tag gegen Prostitution im Gmünder Prediger, wie grauenvoll der Alltag der Frauen ist. *Foto: hie*

Kreis Rhein-Sieg. Außerdem waren Kriminaloberrat a. D. Helmut Sporer aus Augsburg dabei und Professor Dr. Ulrich Rommelfanger.

„Die Frauen machen alles“

„Die typischen Prostituierten sind junge Frauen mit geringem Bildungsstand, ohne Deutschkenntnisse, fremdbestimmt und unter großem Druck“, sagte Polizist Sporer. Für Wuchermieten von bis zu 200 Euro am Tag „machen sie alles“. Die Frauen würden vermarktet: „Die Ausmaße sind nicht vorstellbar, das ist dramatisch schlimm.“ Zwei bis fünf Prozent seien Prostituierte, die

selbstbestimmt arbeiten, „das ist die absolute Ausnahme“. Normalerweise stecke Zwang oder Armut dahinter.

Professor Rommelfanger hatte zuvor zwei Gesetze erläutert, mit denen der Bund Verbesserungen für Prostituierte habe schaffen wollen. 2002 erklärte ein Gesetz Prostitution zum Beruf und machte die Frauen – „nur fünf Prozent sind Männer“ – sozialversicherungspflichtig. Zuvor sei ihre Tätigkeit als sittenwidrig bezeichnet worden.

Statt zu verbessern, habe das Gesetz alles verschlimmert: „Die Bordellbetreiber haben Arbeitgeberfunktion erhalten“, sagte

Sporer, für die Polizei seien die Möglichkeiten deutlich schwieriger geworden. Rommelfanger bestätigte, dass sich Prostitution schlaghaft ausgebreitet hätte, „weil ja jetzt alles legal ist“.

2017 habe der Bundestag mit dem Prostitutionsschutzgesetz nachbessern wollen. Nun gab es eine Anmeldepflicht samt jährlicher gesundheitlicher Beratung. Doch den Zahlen nach seien 2018 rund 32.000 Frauen gemeldet worden, 2019 knapp 40.000. „Man geht aber von 400.000 Prostituierten in Deutschland aus und von einer Million Freiern am Tag“, so Rommelfanger.

Der Jurist legt im Januar zu-

sammen mit der Ethikprofessorin Elke Mack eine Untersuchung vor, die erklärt, dass der Alltag der Prostituierten in Deutschland menschenunwürdig und nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Er werde sein Gutachten an alle Abgeordneten im Bundestag verteilen. Sein Ziel sei, dass das Bundesverfassungsgericht mit Hilfe einer abstrakten Normenkontrolle die beiden Gesetze aufhebt. Und Deutschland ein Gesetz nach nordischem Vorbild erhält, nach dem der Freier bestraft wird.

Kein Gewinnerthema

„Es ist verdammt schwer, dafür eine Mehrheit zu bekommen“, schilderte Winkelmeier-Becker, „das ist kein Gewinnerthema“. Doch allen müsse klar sein, dass jeden Tag Frauen geschändet und besudelt würden: „Das hält keine Vagina, kein Anus und kein Kiefergelenk aus.“ Elke Heer, städtische Chancengleichheitsbeauftragte, fragte Leni Breymaier, was man vor Ort tun könne. „Sprechen Sie darüber“, forderte die Abgeordnete das Publikum auf, „und machen Sie Ihren Abgeordneten Druck“. Zum Thema gehöre auch die starke Verbreitung von Pornografie: „Da geht etwas kaputt in der Gesellschaft.“

Dass selbst die Deutsche Aids-Hilfe und Amnesty International gegen die Bestrafung von Freiern sei, mache es sehr schwierig. Die Institutionen hätten Sorge, dass Prostitution zur Schattenwirtschaft wird. Joschi Moser, Leiter der Gmünder Aids-Hilfe, erklärte, warum sein Verein als einziger für das nordische Modell sei: „Weil Frauen als Ware betrachtet werden.“

Ein Zuschauer klagte in der Fragerunde, dass die Polizei zu wenig oder gar nichts mache. Darauf sprach Simone Bader aus dem Publikum. Die Richterin aus Augsburg erklärte, wie aufwendig und teuer schlagkräftige Ermittlungsarbeit sei.

5. Oktober 2022 – Ankündigung zur Vorstellung der Forschungsarbeit Sexkauf im Prediger in GD

29.09.2022_SP/GT

Puff oder Menschenwürde?

Schwäbisch Gmünd. „Puff oder Würde?“ Mit diesem Titel ist eine Veranstaltung am Mittwoch, 5. Oktober, um 19.30 Uhr im Festsaal des Prediger überschrieben.

Aus Anlass des Internationalen Tags gegen Prostitution laden das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs)-Prostitution und die Frauenunion Schwäbisch Gmünd an diesem Abend zu einer Diskussionsveranstaltung ein.

Vertreterinnen und Vertreter von Justiz, Polizei und Politik diskutieren zum Thema „Der Geist des Grundgesetzes und die

Realität in der Prostitution – Wie passt das zusammen?“. Dabei sind Professor Ulrich Rommelfanger (Anwalt und Verfassungsrechtler), Kriminaloberrat a.D. Helmut Sporer, die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier und ihre Kollegin aus der CDU, Elisabeth Winkelmeier-Becker. Es gibt eine Performance mit Tanz, Theater und Video-Projektion von Anja Meinhardt aus Schwäbisch Gmünd.

Der Eintritt ist frei, aus organisatorischen Gründen wird aber um Anmeldung gebeten per E-Mail: elke.heer@schwaebisch-gmuend.de.

17.10.2022 StZ

Gutachten kritisiert deutsches Prostitutionsgesetz

20 Jahre nach der Einführung halten Gutachter das Gesetz für verfassungswidrig. Vor allem die Freiwilligkeit sei nicht garantiert.

Von Hilke Lorenz

Als Anfang Oktober die Herbertstraße in Hamburg ihren 100. Geburtstag feierte, titelte ein Nachrichtenportal der Hansestadt: „Die Herbertstraße feiert 100 Jahre Sünde“. Und Johanna Weber, die politische Sprecherin des Bundesverbands für erotische und sexuelle Dienstleistungen, lobte, im Gegensatz zu vielen anderen Orten sei die Sexarbeit dort gesellschaftlich anerkannt. Schon am Begriff Sexarbeit und der Frage, ob Prostitution ein Beruf wie jeder andere sei, scheiden sich die Geister, seit in Deutschland mit Beginn des Jahres 2002 das liberalste Prostitutionsgesetz Europas gilt.

Bei der Verabschiedung des Gesetzes unter der rot-grünen Regierungskoalition

hatte man vereinbart, das Gesetz und seine Auswirkung auf die Lebenswirklichkeit von in der Mehrzahl weiblichen Prostituierten genau zu untersuchen. Die Evaluierung hat am 1. Juli begonnen und soll im Sommer 2025 vorliegen.

Vermutlich wäre Webers Euphorie ziemlich gedämpft worden, hätte sie nur wenige Tage nach dem Hamburger Geburtstagsfest in Schwäbisch Gmünd im Kulturzentrum Prediger gegessen. Dort fand der Verfassungsrechtler Ulrich Rommelfanger bei der Vorstellung eines Gutachtens, das er zusammen mit der Professorinnenkollegin und Sozialethikerin Elke Mack erarbeitet hat, Worte, die wenig dazu angetan sind, als Geburtstagsgruß missverstanden zu werden. Denn die Kernbotschaft des Gutachtens lautet: Die

geltende Prostitutionsgesetzgebung in Deutschland ist verfassungswidrig.

Es werde die Freiwilligkeit und Autonomie der Menschen in der Prostitution – zu 95 Prozent Frauen – zwar unterstellt, aber „durch die geltende Gesetzgebung und Verwaltungspraxis nicht garantiert“. Rommelfanger und Mack sprechen von einer „vorschnellen Legalisierung der Prostitution ohne Prüfung der menschenrechtlichen Folgen für die Prostituierten“. Auch sei dem Verdacht menschenunwürdiger Bedingungen durch organisierte Kriminalität im Rotlichtmilieu nicht genügend nachgegangen worden. Es würden sehenden Auges seit 20 Jahren Unrechtsstrukturen in Kauf genommen. Es gebe genügend belastbare Hinweise für dauerhafte posttraumatische Belastungsstörungen, chronische Organerkrankungen, für hohe Sterblichkeit und verkürzte Lebenserwartungen als Folge der Prostitution. Dreh- und Angelpunkt der Argumentation

ist, dass das Grundgesetz den Schutz der Menschenwürde über alles stellt und das Recht auf Unversehrtheit garantiert. Dazu gehöre, frei über sein Tun entscheiden zu können. Das sei aber nicht möglich, „wenn Menschen durch Dritte zum Objekt gemacht werden“, erklärt Rommelfanger. Und das, so kann man im Gutachten nachlesen, geschehe durch den Kaufakt.

Um Abhilfe zu schaffen, sei es mit kosmetischen Korrekturen, wie etwa dem Prostituiertenschutzgesetz von 2017, nicht getan. Sprich: Ein neues Gesetz zur „Regelung der Prostitutionsproblematik“ sei notwendig. Die einzig sinnvolle Regulierung der Prostitution sei durch das nordische Modell möglich, das den Sexkauf strafbar macht. Prostituierte würden damit nicht kriminalisiert. Im Gespräch ist jetzt eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht. Ein Viertel der Bundestagsabgeordneten muss sich für ein solches Vorgehen aussprechen.

Start Schutzhausprojekt „ROSA“ in Aalen – wir arbeiten zusammen



Unser neues Pilotprojekt in Aalen ab Januar 2023

R.O.S.A.: Romafrauen aus Osteuropa stärken durch Arbeit

Nach Deutschland gelockt, in einem Bordell ausgebeutet, misshandelt, von der Polizei befreit und dann doch auf der Straße gelandet!

Das ist die Erfahrung von vielen Frauen aus den EU-Mitgliedstaaten, weil sie nicht leistungsberechtigt sind, kein Deutsch sprechen und ihre Rechte nicht kennen. Eine besonders vulnerable Gruppe sind die Mädchen und Frauen aus den Roma-Ghettos in Osteuropa, die nur über eine geringe schulische Ausbildung und wenig Erfahrung außerhalb des Ghettos verfügen.

Unser Projekt greift diese Problematik auf und bietet niederschwellige, kultursensible und an den Klientinnen orientierte Angebote mit sprachlichen Mediatoren an.

Unser Ziel ist es, Frauen, die von Gewalt und / oder Zwangsprostitution in Deutschland betroffen sind, zu einer besseren Zukunft durch berufliche (Re)Integration im



Kofinanziert von der

